

Beispiel die Entwürfe für eine soziologische Netzwerk-Analyse von Mark Granovetter und eine einflussreiche politikwissenschaftliche Arbeitsgruppe um Todd La Porte, die die steigende Komplexität der Gesellschaft als ein Ausgangsproblem der Organisations- und *Policy*-Forschung etablieren wollte.¹⁷² Die Bay Area war nicht nur (gegen-)kulturell, sie war auch wissenschaftlich ein *hot spot* für die Weiterentwicklung kybernetischer Ideen.

In den Deutungskämpfen der 1970er Jahre verfügte das technologische Krisennarrativ über einen ganz eigenen Begriffsapparat, um seine Darstellung der Krise zu präsentieren. Durch die kybernetischen Figuren der Netzwerke, Systeme und Spiele und die Argumente zur Komplexität und Diversität moderner Gesellschaften konnte es die Krisenphänomene in ein neues Licht rücken. Es prägte dabei die heute ubiquitäre Diagnose, dass zentrale und kausale Steuerung aufgrund der sozialen Interdependenzen nicht möglich sei – weder durch den Staat noch durch den Markt.¹⁷³ Dieses Narrativ interpretierte die Krisen so, dass es die konkurrierenden Deutungsmuster ins historische Abseits rückte und ein neues Zeitalter mit einer neuen Rationalität in Aussicht stellte. Diese neue Rationalität konnte gleichzeitig für die »Komplexität« der vernetzten Welt sensibilisieren und für Flexibilität, Diversität und Innovationsfähigkeit werben. Das technologische Regierungsdenken bot damit nicht nur ein Gegenmodell zu den Zwängen der Nachkriegsgesellschaften, sondern auch eine Antwort auf die Krise der Moderne.

3. Die Krise der Moderne und die zwei Chancen der Neuordnung

Die Krisenphänomene und -diskurse der 1970er und frühen 1980er Jahre lassen sich als einen entscheidenden Wendepunkt in der jüngeren Geschichte der westeuropäischen Gesellschaften lesen. Denn in dieser Zeit brachen die Selbstverständnisse weg, die die Nachkriegsgesellschaften geprägt hatten, und dadurch rissen

172 Siehe La Porte (Hg.): *Organized Social Complexity*; vgl. dazu Leendertz: »Das Komplexitätssyndrom«. Die Arbeitsgruppe, deren Einfluss bis in *network governance*-Konzepte fortwirkt, verstand dabei die immensen sozialen Konflikte in ihrer Stadt als die Folge eines Missverhältnisses von sozialer Komplexität und den simplizistischen Modellen in Planungs-, Policy- und Organisationsforschung. Dies konnte in La Portes Augen zu einer Gefahr für das gesamte soziale Gefüge werden (siehe La Porte: »Preface«). Wie man daran sieht, wurde die Bay Area auch deshalb zu einem *hot spot* des theoretischen und praktischen Experimentierens, weil sich an den Ballungszentren San Francisco und Los Angeles sowohl die neuen Planungsprobleme als auch die neuen Freiheitsräume aus erster Hand beobachten ließen.

173 Mit einer solchen Formulierung hat dann auch Powell: »Neither Market nor Hierarchy« 1990 das Netzwerk als Organisationsform berühmt gemacht. Powell forschte übrigens ebenfalls 1986/87 in Stanford und nahm 1999 dort eine Professur an; gleichzeitig wurde er Mitglied des Santa Fe Institute, einem Forschungszentrum zu Komplexitäts- und Systemtheorie.

grundlegende Fragen der sozialen und politischen Ordnung wieder auf. Dass dabei die ökonomischen Einbrüche, massive Konflikte zwischen den gesellschaftlichen Gruppen und die Rückkehr der Gewalt in die Lebensrealität der Menschen gleichzeitig auftraten, führte dazu, dass die Krisenphänomene zu einer zusammenhängenden Krise der modernen Politik- und Gesellschaftsideen verdichtet wurden. In den Worten des technologischen Krisennarrativs: »We have come to the collective conviction that the degree of social complexity, particularly that confronting modern industrial nations, has seriously eroded the quality of our traditional conceptions about social and political realities.«¹⁷⁴

Diese technologische Kritik an der Ontologie der Moderne fiel auf einen fruchtbaren Boden. Denn wie tief die Krise der gesellschaftlichen Selbstbeschreibungen reichte, zeigt, dass sich parallel zu den eben diskutierten Krisen der Regierbarkeit eine Selbstbeschreibung der Zeit als ›Post-Moderne‹ oder ›andere Moderne‹ durchsetzte.¹⁷⁵ Die Krisenerfahrungen wurden damit auf einen ähnlichen Rang gehoben wie jene Umbruchszeit, aus der die modernen Konzepte sozialer Ordnung und politischer Steuerung hervorgegangen waren, und die man nach 1945 noch einmal ausdrücklich bestärken wollte, indem man den Leitideen von Souveränität und Modernisierung folgte.

Gerade diese Konzepte erschienen nun aber den Menschen selbst fragwürdig, wie ein zeitgenössisches Zitat des Historikers Dan Diner aus der Zeitschrift *links*, einem Forum der Neuen Linken, eindrücklich demonstriert:

»Daß die zumindest seit der Aufklärung in unterschiedlicher Weise kulturell und politisch wirksamen *linearen* Fortschrittsvorstellungen nicht mehr tragend sind, ist allgemein ersichtlich. Das Ende der Zukunft ist paradoxerweise selbst zum Motiv von Zeiterklärungen geworden. Und ohne Zukunft bzw. Zukunftsvorstellungen [...] läßt sich kein Leben sinnvoll, d.h. *vernünftigerweise* entwerfen. Die Wahrnehmung vom Ende der Zeit, von linearer Zeit, findet seine Entsprechung in einem sich verengenden Lebensgefühl – dem Lebensgefühl von no future – konkret im erwarteten Ende unserer Zivilisation.«¹⁷⁶

Diners Einschätzung gibt den Blick auf die epistemische Verunsicherung einer Zeit frei, die ihre eigene Zeitkonzeption verloren hatte.¹⁷⁷ Hartmut Rosa hat diesen tem-

174 La Porte: »Organized Social Complexity«, S. 4.

175 Siehe Lyotard: *La condition postmoderne*; Beck: *Risikogesellschaft*. Zu weiteren analogen Beschreibungen vgl. Rosa: *Beschleunigung*, S. 47, der zurecht darauf hinweist, dass die Wahrnehmung des Bruchs noch keine Einigkeit über den Charakter des Bruchs impliziert. Zu Karrieren und Abgrenzung der ›anderen‹ oder, wie Beck später sagte, ›zweiten Moderne‹ vgl. auch Schroer: »Theorie Reflexiver Modernisierung«.

176 Diner: »Hier stimmt was nicht«, S. 21.

177 Der Einbruch der Zeitvorstellungen und die grassierende Kontingenzwahrnehmung sind gut dokumentiert und erforscht. Vgl. insb. Esposito: »Von no future bis Posthistoire« (der auch auf

poralen *Strukturwandel der Moderne* und seine Folgen bisher am deutlichsten herausgearbeitet. Dabei betonte er vor allem, dass der Verlust kontinuierlicher, linearer Zeitkonzeptionen zu einer ›Verzeitlichung der Zeit‹ und einer ›Entzeitlichung der Geschichte‹ geführt habe, die durch eine subjektive und strukturelle Desynchronisierung der Zeithorizonte geprägt sei: Man stellte von den kontinuierlichen Identitäts- und Politikkonzeptionen der Hochmoderne, die auf ein zusammenhängendes Gestaltungsprojekt abzielten, auf situative Identitäten und situative Politik um, die durch eine Steigerung der Positionswechsel gekennzeichnet sind.¹⁷⁸

Dass es zu dieser Umarbeitung der modernen Politik-, Subjekt- und Gesellschaftsvorstellungen gekommen ist, hängt auch damit zusammen, dass die zeitgenössischen Akteure selbst diese Vorstellungen für nicht mehr tragfähig befanden. In dem obigen Zitat verband Dan Diner den Verlust der modernen Zeitkonzeption unmittelbar mit der daran hängenden Möglichkeit eines ›vernünftigen‹, zielgerichteten Lebensentwurfs, die durch die Krisenwahrnehmung unterlaufen werde. Diese teleologische Gestaltung der Welt lag im Kern der Souveränitätskonzeption der Nachkriegszeit.

Wie das erste Kapitel gezeigt hat, lag diese Souveränitätskonzeption wiederum im Kern des gesellschaftlichen Selbstverständnisses der Nachkriegszeit, in der das Individuum angehalten wurde, sich zu einer ›souveränen Persönlichkeit‹ zu bilden, und der Staat als eine solche souveräne Persönlichkeit für die Integration, Gestaltung und Entwicklung der Gesellschaft ›verantwortlich‹ war. In temporaler Hinsicht war er dabei ausdrücklich zur Ausbalancierung gesellschaftlicher Beschleunigungsprozesse bestellt worden, um die Gesellschaft zu stabilisieren. Wenn diese Konzeption erodierte, hatte das gesamtgesellschaftliche Folgen und extrapolierte die Ungewissheit.

Die Regierbarkeitsdebatten waren daher nicht nur ein Indikator, sondern auch ein Katalysator des Strukturwandels der Moderne. Alle vier Krisennarrative verbindet eine Kritik am souveränen Staat der Nachkriegszeit, nicht selten einschließlich der dahinterstehenden Zeit-, Raum- oder Subjektkonzeptionen. Sie attestierten

Diner verweist); außerdem etwa Henne: »Das Ende der Welt als Beginn einer neuen Zeit«; zur Wende in der Zukunftsforschung Seefried: *Zukünfte*, S. 452–490. Zu einem damit einhergehenden Pessimismus siehe King: »Overload«, S. 296, Crozier: »Western Europe«, S. 51, Rose: »Ungovernability«, S. 352; St. John-Stevass: »The disappearing consensus«, S. 72; vgl. sekundär auch Rosanvallon: *Demokratische Legitimität*, S. 101, 106; Leendertz: »Das Komplexitätssyndrom«, S. 95, 120f.; Dipper: »Die Epoche der Moderne«, S. 103; am Beispiel der Ingenieursberufe Hertzog: »Pragmatische Politisierung«; am Beispiel konservativer Parteien Steber: »A Better Tomorrow«.

178 Vgl. Rosa: *Beschleunigung*, zusammengefasst auf S. 49f., 450; dabei greift Rosa auf Luhmanns Systemtheorie zurück, die – wie zu sehen sein wird – in den Deutungskämpfen der Zeit frei-lich selbst aktiv auf diese Umstellung der Selbstbeschreibung und eine Umstrukturierung der Politik hinwirkte.

gleichermaßen eine Überdehnung des Staates, die umgekehrt zu einer erdrückenden, normierenden Last für das Individuum werden konnte. Selbst die institutionalistischen und neomarxistischen Krisennarrative, die bereits das Feld politischer Auseinandersetzungen in der Nachkriegszeit abgesteckt hatten, legten dabei die inhärenten Dilemmata dieser Ordnung frei, auch wenn die einen dabei den Konflikt zwischen Führung und Bürger:innen, die anderen den zwischen Kapital und Arbeit ins Zentrum rückten.

Obwohl die »klassischen« Deutungsansätze damit durchaus bemerkenswerte Analysen vorbrachten, gelang es ihnen aber – teils eingestandenermaßen – nicht, eine Antwort auf diese Krisen zu formulieren, die dem *Verlust der Wirklichkeitsordnung* selbst entsprach, den die obigen Zitate noch einmal zum Ausdruck gebracht haben. Dies war die Gelegenheit, in der zwei neue Deutungsansätze ihre Argumentation auf die Schwäche der »herkömmlichen Betrachtungsweise« ausrichteten und ihre alternativen Vorschläge präsentieren konnten: Die Vertreter:innen des technologischen und des neoliberalen Narrativs hatten bereits vor der Krise begonnen, programmatische Alternativen zur Weltsicht der Nachkriegszeit zu formulieren, und konnten diese nun durchsetzen.

Die Analyse der politischen Krisennarrative der Zeit stützt damit zunächst die These, die Andreas Rödder in seiner großen Studie über die Genese des 21. Jahrhunderts aufgestellt hat. Demnach haben in Reaktion auf die Krisenerfahrungen in den 1980er Jahren zwei Prozesse der Renormativierung eingesetzt, die die Struktur und Debatten des 21. Jahrhunderts prägen. Auf der einen Seite sieht er dabei das »Modernisierungsparadigma der Marktorientierung«, auf der anderen Seite ein postmodern-dekonstruktivistisches Projekt, das Diversität und Gleichstellung in den Mittelpunkt stellt.¹⁷⁹ Offenkundig handelt es sich bei diesen beiden Richtungen um Weiterentwicklungen der neoliberalen und technologischen Krisennarrative der 1970er und frühen 1980er Jahre.

Allerdings übersieht Rödder dabei nicht nur die technologischen Ressourcen der zweiten Renormativierung, er grenzt sie auch viel zu stark ein, indem er die »philosophischen Seminare in Paris und Berkeley« und die zugehörige Counterculture für sie verantwortlich macht.¹⁸⁰ Zwar adaptierte die Counterculture die kybernetischen Figuren und ventilierte sie so in einem spezifischen Personenkreis, gleichzeitig diffundierten die kybernetischen Konzepte der Diversität und Differenz aber auch in informationstechnologische, stadt- und organisationssoziologische ebenso wie in managementtheoretische Texte.¹⁸¹ Auch Niklas Luhmann, der

179 Vgl. Rödder: 21.0, S. 96–126, zu These und Zitat S. 108. Rödder verweist ausdrücklich auf die Krisen der 1970er Jahre.

180 Rödder: 21.0, S. 101.

181 Neben den diskutierten Texten vgl. Boltanski/Chiapello: *Der neue Geist des Kapitalismus*.

im Folgenden als ein Beispiel für die Entwicklung des technologischen Regierungsdenkens untersucht wird, dürfte einer subversiven »Kultur des Regenbogens«,¹⁸² wie sie Rödder mit erkennbarer Distanz skizziert, eher unverdächtig sein.

Blickt man genauer auf die Krisennarrative, muss man im Übrigen auch das liberale Moment etwas breiter fassen. Wie die Untersuchung der Krisennarrative gezeigt hat, besteht das liberale Moment der 1970er Jahre aus zwei Ansätzen, dem ökonomischen Liberalismus und einem breitgefächerten zivilgesellschaftlichen Liberalismus, zu dem man in politiktheoretischer Perspektive so widersprüchliche Ansätze wie den von Jürgen Habermas und Chantal Mouffe rechnen könnte. Während jene liberalen Revitalisierungen der Zivilgesellschaft in den folgenden Jahrzehnten das Selbstverständnis einer politischen Öffentlichkeit mitprägten, wirkte der ökonomische Liberalismus als Regierungsprogramm fort.

Das politische Vorhaben des Neoliberalismus, das die folgenden Jahrzehnte prägen sollte, lässt sich in der *policy*-Dimension durch die Trias Deregulierung, Privatisierung, Liberalisierung beschreiben.¹⁸³ Allerdings darf dabei nicht übersehen werden, dass diese Abgabe staatlicher Aufgaben an die Wirtschaft nicht einem Abbau des Staates als solchem entspricht. Wie bereits in den Krisennarrativen deutlich geworden ist, bestand das Anliegen der neoliberalen Beiträge vielmehr in einem *Umbau des Staates*. Dabei sollten die teleologischen Regierungskonzepte durch ein instrumentelles Staatsverständnis ersetzt werden. Dem Staat kommt hierbei eine Schutzfunktion (*protective state*) und eine Kollektivgutfunktion zu (*productive state*).¹⁸⁴ In dieser Rekonfiguration verschwindet die Idee der Souveränität nicht gänzlich. Stattdessen wird hierarchische Kontrolle mit Hilfe der Theorie rationaler Wahl umgedeutet.

Diese hierarchische Dimension in ordo- und neoliberalen Theorien hat Thomas Biebricher in einer ideengeschichtlichen Perspektive von den 1930er bis zu den 1970er Jahren nachverfolgt und dabei gezeigt, dass sich zwei zentrale Figuren der Souveränität ausmachen lassen: die des neutralen Schiedsrichters und die der Regelbindung.¹⁸⁵ Um die Figur der Regelbindung zu illustrieren, ziehen Neoliberale wie James Buchanan gerne die Geschichte des Odysseus heran, der sich selbst an

182 Rödder: »Als Historiker kann ich nur sagen, es kommt nichts zurück«.

183 Für die Trias neoliberaler Policies, die gelegentlich leicht variiert wird, vgl. anstelle vieler Rödder: 21.0, S. 231–233; Ther: *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent*, S. 22–26.

184 Vgl. Krisendiagnose und Programm bei Buchanan: *Die Grenzen der Freiheit*.

185 Vgl. zum Folgenden Biebricher: »Sovereignty, Norms, and Exception in Neoliberalism«. Siehe dazu Buchanan: *Die Grenzen der Freiheit*, S. 76–105, 129–151. Statt des Schiedsrichters kann auch die Metapher des Schlichters gewählt werden, statt der Erzählung von Odysseus die von Robinson Crusoe, der sich selbst einen Wecker stellt. Buchanan thematisierte diese Regelbindung als das »Paradox, ›regiert zu werden« (S. 129). Biebricher sieht im Pendeln zwischen regellosem Ausnahmezustand und Regelzustand zudem eine rudimentäre dritte Figur des neoliberalen Souveränitätsdenkens.

den Mast fesseln lässt, um die selbstverschuldete Herbeiführung des vorhergesagten Niedergangs zu verhindern. In dieser Perspektive sind entweder die Individuen auf dem Markt souverän, insbesondere in dem Moment der Regelvereinbarung; alternativ sind die Regelmechanismen selbst souverän, die sich als formale, unpersönliche Kraft hierarchisch durchsetzen.

Auch die Figur des neutralen Schiedsrichters beruht auf der Idee freier Regelvereinbarung, aber sie wird mit Referenz auf den Hobbes'schen Leviathan modelliert.¹⁸⁶ In der Public-Choice-Theorie von James Buchanan ist er die Antwort auf das Gefangenendilemma der einzelnen Spieler: Obwohl für beide Spieler im Falle der Kooperation Gewinne entstehen, lohne sich für jeden Einzelnen die Kooperation nicht. Wenn man nämlich die vereinbarten Regeln unterläuft, während der andere sich daran hält, fahre man selbst den größten Gewinn ein. Da dieses Dilemma den Spielern klar sei, beschließen sie die Gründung eines Leviathans, der sicherstellt, dass die Kooperationsgewinne eines Vertragsschlusses tatsächlich eingefahren werden können. Der Schiedsrichter sichere dann die Kooperationsgewinne durch die hierarchische Durchsetzung vereinbarter Interaktionsregeln. Diese instrumentelle Rationalität begründet bei Buchanan die Schutz- und Kollektivgutfunktion des Staates.

Der Umbau des Staates im Sinne dieses instrumentellen Staatsverständnisses ist in den 1980er und 1990er Jahren maßgeblich durch das administrative Reformprogramm des New Public Managements vorangetrieben worden.¹⁸⁷ Die Neuordnung der Institutionen sollte die staatliche Aufgabenerfüllung effizienter gestalten und zugleich dafür sorgen, dass die Handelnden nicht ihr eigenes Wohl maximieren, sondern den (markt-)gesellschaftlich festgelegten Regeln folgen. Um dies zu erreichen, wurden drei größere Maßnahmenbündel angestrebt.

Erstens sollte der Staat Aufgaben abgeben (*contracting out/outsourcing*) und große staatliche Organisationen in einzelne eigenständigere Agenturen umwandeln (*decentralization*). Dadurch könnte er sich auf seine Kernfunktionen konzentrieren und zugleich die Effizienz der Aufgabenerfüllung steigern, weil die Vergabe der Aufgaben nun über Märkte und Quasi-Märkte läuft, auf denen privatwirtschaftliche Organisationen und öffentliche Agenturen im Wettbewerb miteinander stehen.

Damit nun aber sichergestellt wird, dass die staatlichen Stellen ihre Aufgaben tatsächlich auch effizient und im Sinne der Öffentlichkeit ausführen, sollten zwei-

186 Vgl. weiterhin Biebricher: »Sovereignty, Norms, and Exception in Neoliberalism«. Siehe dazu Buchanan: *Die Grenzen der Freiheit*, S. 76-105, 129-151.

187 Bevir: *Democratic Governance*, S. 27-31, 40-45, 67-75, arbeitet hervorragend den Zusammenhang zwischen Rational-Choice-Theorie, New Public Management und neoliberalen Reformen heraus. Vgl. zum New Public Management hier und in den folgenden Absätzen über die Maßnahmenbündel außerdem August: »Theorie und Praxis der Transparenz«; Boston: »Basic NPM Ideas and their Development«; Christensen/Lægreid: »Introduction«; Kegelmann: *New Public Management*, S. 126-148.

tens Politik und Verwaltung *hierarchisch durchstrukturiert* werden. Dazu wurden sie in Form von Principal-Agent-Beziehungen reformuliert, sodass eine hierarchische »Kette« entsteht, die vom obersten Principal – »dem Bürger« – bis zur untersten Verwaltungsstelle, dem letzten Agenten reicht.¹⁸⁸ Auf diese Weise hätte jede Stelle eine klare definierte Handlungskompetenz, was die Effizienz steigern, während Fehlverhalten ebenso klar verortet und unmittelbar abgestraft werden könnte.

Um die Bindung der Agenten an die Principale aber tatsächlich durchsetzen zu können, mussten diese *schließlich* unter permanente Beobachtung gestellt werden. Denn selbstverständlich verfügen die Agenten in jeder Situation zunächst über mehr Informationen als die kontrollierenden Principale. Dieser Informationsasymmetrie kommt das New Public Management bei, indem es umfangreiche Transparenzpflichten einführt, die sich in der Verbreitung von *auditing*, *benchmarking* und *performance measurements* niedergeschlagen haben.¹⁸⁹ Sie haben zur Folge, dass sich die Agenten an die festgesetzten Regeln halten, und sollten zugleich genutzt werden, um »bessere« Entscheidungen zu treffen.

Mit diesen Maßnahmenbündeln setzte das New Public Management die neoliberale Staatskritik in ein administratives Programm um und bot durch die veröffentlichten Informationen außerdem einen Anschlusspunkt für Zivilgesellschaftskonzeptionen.¹⁹⁰ Es griff dabei das Misstrauen auf, das der Steuerungskompetenz von Politik und Verwaltung entgegengebracht wurde, und setzte ihm das Versprechen entgegen, die persönliche Unzuverlässigkeit durch formale Mechanismen der Verhaltenskontrolle zu kompensieren. Zugleich diene die professionalisierte Verarbeitung der freigesetzten Informationen zur Steigerung von Effizienz und Effektivität.

Die Antwort, die vom (neo-)liberalen Moment ausging, setzte also nicht auf eine Revision moderner Basisannahmen, sondern auf deren (einseitige) Radikalisierung mithilfe einer neuen institutionellen Ordnung, die *mehr* Informationen *schneller* verarbeitet, um *mehr* Sicherheit und Gewinn zu produzieren.¹⁹¹ Sie versucht, die

188 Moe: »The New Economics of Organization«, S. 765f. (eigene Übersetzung).

189 Siehe Moe: »The New Economics of Organization«, S. 766. In der Folge ist eine Quantifizierungsforschung entstanden, vgl. z.B. Mau: *Das metrische Wir*; Rottenburg et al. (Hg.): *The World of Indicators*.

190 Dies führt auch zum Aufstieg von Nichtregierungsorganisationen. Diese »NGOisierung der Öffentlichkeit« ist infolgedessen mehrfach kritisiert worden (vgl. Lang: *NGOs, Civil Society, and the Public Sphere*). Für den US-amerikanischen Fall hat Theda Skocpol: *Diminished Democracy* die Umwandlung von Mitgliedschaft in Assoziationen zum Management der Organisationen im Detail nachgezeichnet. Zur Karriere der Nichtregierungsorganisationen insg. vgl. Frantz/Martens: *Nichtregierungsorganisationen (NGOs)*. In Zusammenhang damit steht freilich auch die Liberalismus-Kommunitarismus-Debatte der 1980er und 1990er Jahre.

191 Zum Modernismus dieses Ansatzes vgl. ideengeschichtlich Bevir: *Democratic Governance*. Rödder: 21.0, S. 109, nennt ihn daher treffend eine »Modernisierungsideologie«. Und schon Jürgen Habermas hat gegen dieses Projekt einer *rational-choice*-Moderne den Vorwurf erho-

verlorengegangene Gewissheit durch Rationalisierungspraktiken zurückzugewinnen.

Für dieses Verfahren hat der Neoliberalismus ideengeschichtlich gesehen einen Vorläufer in dem britischen Juristen Jeremy Bentham, den Christopher Hood zurecht als *locus classicus* des New Public Management bezeichnet hat.¹⁹² Bentham hatte die epistemische, soziale und politische Ungewissheit am Beginn der Moderne – ähnlich wie die Neoliberalen in der Krise der Moderne – als eine bedrohliche Unsicherheit interpretiert. In Anlehnung an Newtons Mechanik entwarf er eine utilitaristische Moraltheorie, die den Menschen als rationalen Nutzenmaximierer zeigt, der stets versuche, sein eigenes Wohl (*pleasure*) zu steigern und Leid (*pain*) zu vermeiden. Über diese beiden Hebel sei menschliches Verhalten dann kausal steuerbar. Die demokratische Ordnung könnte daher so eingerichtet sein, dass das größte Glück der größten Zahl entstehe. Dafür müsse man die Akteure daran hindern, ihre Macht zu missbrauchen. Daher bedürfe es einer hierarchischen Institutionenordnung, umfänglicher Berichtspflichten und einer wachsamsten Öffentlichkeit, die als oberstes Ende der Hierarchie Sanktionen und Gratifikationen vergibt. Weil diese institutionelle Kontrolle durch Transparenz aber auch bessere oder, wie Bentham in modernetypischer, hygienischer Sprache sagte, »reine« Informationen produziere, würde der politische Prozess ein neutrales, rationales Urteil generieren.¹⁹³

Der Neoliberalismus brachte also eine Antwort auf die Krisen der Moderne, die bereits am Beginn der Moderne entwickelt worden war, nun aktualisiert wurde und nach den Krisen in politische Programme übertragen werden konnte. Im Rahmen des Liberalismus ersetzte er damit die christlich-liberale und die sozial-liberale Tradition, die die Nachkriegszeit durch die keynesianische Wirtschaftssteuerung oder Programme wie den Beveridge-Plan geprägt hatten.

Gegen diese teleologischen Regierungskonzepte richtete sich auch das technologische Krisennarrativ. Wie die Analyse der Krisendebatte gezeigt hat, tritt damit

ben, dass es sich um ein halbiertes Moderneverständnis handelt, das sich auf instrumentelles, erfolgsorientiertes Handeln fokussiert und darüber das Gesamtprojekt der Moderne gerade gefährdet (vgl. Habermas: »Drei normative Modelle der Demokratie«).

192 Vgl. Hood: »Public Management, New«, S. 12554. Innerhalb der neoliberalen Ansätze der 1970er Jahre wurde der Utilitarismus aber auch des Öfteren mit der Gefahr des Paternalismus verbunden. Dass es sich dabei um ein Missverständnis handelt und Bentham's Utilitarismus grundlegend für den liberalökonomischen Ansatz ist, bewarb in der Debatte bereits Samuel Brittan (Brittan: *A Restatement of Economic Liberalism*, S. xii; Brittan: »Two Cheers for Utilitarianism«). Auch der Theoretiker der Humankapitaltheorie, Gary Becker, mit dem sich Foucault beschäftigte, bezog sich *explizit* auf Bentham (siehe Becker: *The Economic Approach to Human Behavior*; vgl. auch Hurtado: »Jeremy Bentham and Gary Becker«).

193 Zu Bentham's Demokratietheorie vgl. Rzepka: *Die Ordnung der Transparenz*.

ein zweiter Deutungsansatz auf, der sich grundsätzlich von den ›klassischen‹ institutionalistischen und neomarxistischen Analysen unterschied. Allerdings wusste das technologische Regierungsdenken offensichtlich auch um die historische Tiefendimension des neoliberalen Denkens und grenzte sich gezielt von dessen epistemologischen und politik- bzw. ökonomietheoretischen Grundlagen ab, nämlich der Newton'schen Mechanik und der Rational-Choice-Theorie.

Dass dieses technologische Krisennarrativ in historischen und sozialwissenschaftlichen Genealogien des 21. Jahrhunderts bisher so schwer zu fassen war, und das oft trotz des Wissens um die gegenwärtige Stärke netzwerktheoretischer Ansätze in Politik und Sozialwissenschaften, liegt sicherlich auch daran, dass hinter dem Narrativ keine so klar erkennbare Personengruppe stand, wie dies bei den anderen drei Krisennarrativen der Fall war.

Zu dieser personalen Streuung des technologischen Krisennarrativs kommt eine weitere Schwierigkeit hinzu. Denn die ideengeschichtlichen Ressourcen, die die unterschiedlichen Ansätze dieses Krisennarrativ verbinden, liegen in einer ›Disziplin‹, die nicht aus dem typischen Rahmen philosophisch-ideengeschichtlicher Traditionen kommt, die als Hilfestellung bei der Rekonstruktion dienen könnten. Trotz dieser Schwierigkeiten konnte in diesem Kapitel gezeigt werden, dass in den Ansätzen des technologischen Krisennarrativs systematisch auf die Überlegungen der Kybernetik zurückgegriffen wurde, um eine Interpretation und eine Antwort auf die Krise der Moderne zu entwickeln.

Dabei sind bereits vier Merkmale dieser technologischen Antwort aufgefallen: *Erstens* führt die Beobachtung von Komplexität – und der Probleme, die die modernen Institutionen mit ihr haben, – hier zur einer Neubeschreibung der sozialen Welt in den Begriffen von Netzwerken, Systemen und Spielen, die einen besonderen Fokus auf Differenz und Diversität legen. Auf Basis dieser Neubeschreibung wird dann *zweitens* eine neue, flexiblere Rationalität in Aussicht gestellt, die diesen Bedingungen von Differenz und Diversität gerecht wird. Dieser normativ-politischen Forderung entspricht *drittens* eine analytische Rekalibrierung der Konzepte Macht und Regierung, die vom Rahmen des *government* abgelöst werden müssten.

Diese Rekalibrierung steht *schließlich* im Zeichen einer skeptizistischen Kritik an Aufklärung und Moderne: Der technologische Begriffsapparat kann die Ungewissensgefühle der Zeit mit einer Theorie konstitutiver ›Kontingenz‹ und ›Komplexität‹ beantworten und bietet paradoxerweise gerade so Orientierung an. Dabei werden die Wahrheits-, Klarheits- und Steuerungsversprechen der Moderne sowohl institutionell als auch individuell aufgelöst. Die Souveränität der Intellektuellen gerät dadurch ebenso in Probleme wie die herausgehobene Stellung des Staates (oder auch des Marktes). Sie werden, wie besonders an Rittel und Webber zu sehen war, in ein Kausalitätennetzwerk eingespannt, in dem niemand den Anspruch erheben kann, eine universelle Perspektive oder eine universelle Problemlösung anzubieten. Dadurch rücken situative Innovation, Kooperationen und Kommuni-

kation unterschiedlicher – ›diverser‹ – Akteure in den Fokus, wie bei Crozier zu sehen war.

Im Folgenden wird es darum gehen, diese Skizze der technologischen Neuordnung systematisch zu vertiefen. Dafür wird einerseits die ideenpolitische Durchsetzung des Netzwerk-Denkens anhand der individuellen Auseinandersetzungen von Michel Foucault und Niklas Luhmann nachvollzogen. Andererseits geht es dabei darum, durch die Fallstudien die epistemischen, gesellschafts- und politiktheoretischen Positionen des technologischen Regierungsdenkens schärfer erfassen zu können. Auf Basis dieses besseren Verständnisses lässt sich am Schluss das technologische Regierungsdenken in Systemen und Netzwerken konturieren, es lassen sich zugehörige administrative Reformprogramme aufspüren und die Probleme dieser Reformulierung von Politik und Gesellschaft diskutieren.

Dafür hat dieses Kapitel die Grundlagen gelegt. Dabei hat es gezeigt, dass die Jahre von ca. 1973 bis 1984 ideengeschichtlich gesehen eine außerordentlich produktive gesellschafts- und politiktheoretische Zeit darstellten, die zu einer Ideenemission führte, die auch strukturell eine Transformation der demokratischen Gesellschaften anleitete. Für diese ideenpolitische Produktivität war nicht zuletzt der Eindruck der *zeitgenössischen* Akteure verantwortlich, dass man sich in einer epistemischen Krise befand, in der die bekannten Deutungsmuster aus dem Rahmen der Souveränität keine befriedigenden Antworten bereithielten. Wenn man daher eine dringliche Aufgabe der politischen Theorie darin sieht, eine »ideen-logische Analyse der die gegenwärtigen sozialen Entwicklungsprozesse steuernden, sedimentierten normativen Muster« zu entwickeln,¹⁹⁴ muss man auf die Krise der Moderne und den Zerfall der Souveränität blicken.

Die beiden neuen Deutungsmuster, die in dieser Krisendebatte ihren Aufstieg erlebten, profitierten dabei gleichermaßen davon, dass die Verbreitung der Informationstechnologie und der zugehörigen Industrie ein Teil des *strukturellen* Wandels dieser Zeit war. Denn im Bereich von Mikroelektronik und Computertechnologie waren die 1970er Jahre alles andere als eine Niedergangsperiode. Sie waren vielmehr der Wendepunkt in der Geschichte einer Technologie, die bisher nur für den Staat und große Unternehmen verfügbar war: Sie wurde nun *gleichzeitig* massen- und alltagstauglich, und der Aufstieg dieses Industriezweigs stellt die krisentypische Kehrseite zum Niedergang der klassischen Industrie der Moderne dar.¹⁹⁵

Auf der technischen Seite gelangen dabei in den 1970er Jahren neue Durchbrüche. Im Rahmen der staatlichen Advanced Research Project Agency (ARPA), einer Behörde des US-Verteidigungsministeriums, die die Luft- und Raumfahrtforschung koordinieren sollte, entstand das ARPANET, das im September 1969

194 Rosa/Willems: »Politische Theorie im Spiegel der Herausforderungen der Politik«, S. 466 (Hervorhebung entfernt).

195 Vgl. Raithel: »Neue Technologien«.

online ging und in den 1970er Jahren massiv expandierte.¹⁹⁶ Den Anstoß dafür hatte Joseph C. R. Licklider gegeben, ein Kybernetiker und Teilnehmer der Macy-Konferenzen, der von 1962 bis 1964 eine ARPA-Division leitete. Das ARPANET stellte sich praktisch als eine Vernetzung von Universitätsrechnern dar, in dem erstmals die materielle und immaterielle Infrastruktur des heutigen Internets erprobt wurde. Im Zusammenhang mit der Nutzung und Weiterentwicklung dieses Netzwerks entstanden dann auch die E-Mail, die Paketvermittlung und die TC/IP-Protokolle, die bis heute die dominante Protokollfamilie des Internets bilden.

Gleichzeitig zu diesen Vernetzungsbestrebungen entwickelten sich Mikroelektronik und Computertechnik. Dafür kamen zentrale Vorarbeiten von Douglas Engelbart, der eine Forschungseinheit am Stanford Research Institute leitete, dort einen der ersten ARPANET-Standorte betreute – und der Kybernetik folgte.¹⁹⁷ Engelbart verstand Computer nicht nur als Rechner, sondern als *tools* zur Kooperation, die über ein Netzwerk verbunden sein mussten, um die intellektuellen Kapazitäten von Menschen mit einem technischen System zu integrieren und so zu »vermehrten« (*augment*). Um dieses Ziel zu erreichen, wurden in seiner Forschungseinheit die erste Software zum kollaborativen Arbeiten an einem Dokument und Hardware wie Tastatur und Maus entwickelt. Diese Erfindungen wurden zur Grundlage für jene kleinen »Personal Computer«, die in den 1970er Jahren auf den Markt kamen.

In den 1970er Jahren nahm dann die Leistungsfähigkeit der Mikroelektronik in rasantem Tempo zu. Die Dichte der Transistoren auf einem Chip und die Zahl der Bauelemente in einem Rechner wurden seitdem immer höher. Einen entscheidenden Schritt machte dabei Texas Instruments 1971, als es dem Unternehmen gelang, erstmals einen gesamten Hauptprozessor auf einem einzigen Chip zu integrieren – der Mikrochip war geboren.¹⁹⁸ Seitdem ist die Anzahl von Transistoren auf einem Chip und damit deren Leistungsfähigkeit massiv angewachsen. Noch in den 1970er Jahren erhöhte sich die Transistorenzahl um das Dreißigfache: Während der Intel 4004 »nur« 2300 Transistoren verbaute, brachte es ein Motorola-Chip am Ende des Jahrzehnts auf 68000 Transistoren. Seit 2010 werden im Übrigen über 1 Milliarde Transistoren verbaut, fünf Jahre später kamen Prozessoren bereits auf weit über 5 Milliarden.¹⁹⁹

196 Vgl. zum gesamten Absatz Bunz: *Vom Speicher zum Verteiler*, S. 70-108; Castells: *Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft*, S. 53f. In einer Rekonstruktion der Geschichte bestreiten maßgebliche Akteure im Übrigen, dass das ARPANET der Versuch eines atomwaffenresistenten Verteidigungsnetzwerkes gewesen sei und schreiben diese »Story« einer Publikation der RAND Corporation zu (Leiner et al.: *Brief History of the Internet*, hier S. 3).

197 Vgl. zu diesem Absatz Turner: *From Counterculture to Cyberculture*, S. 106-110.

198 Vgl. Rödder: 21.0, S. 21.

199 Vgl. Castells: *Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft*, S. 48; Gumm/Sommer: *Programmierung, Algorithmen und Datenstrukturen*, S. 44-47; Malone: *Der Mikroprozessor*, S. 10-12, 170-173, 349.

Parallel zu diesen technischen Weiterentwicklungen veränderten sich die Produktions- und Vertriebsbedingungen. Die frühen Computer- und Vernetzungsprojekte wie das ARPANET waren nahezu durchgehend durch eine Kooperation von Militär und Spezialist:innen entstanden. Der Staat fungierte hier als Risikoinvestor und ermöglichte damit erst die technologischen Innovationen.²⁰⁰ Ab den 1970er Jahren wurden diese Verbünde mehr und mehr durch privatwirtschaftliche Unternehmen abgelöst: 1975 gründeten Bill Gates und Paul Allen Microsoft, 1976 entstand Apple Computers. 1981 brachte IBM, das noch wenige Jahre zuvor den heimischen PC für nicht zukunftsfähig gehalten hatte, den ersten PC mit MS-DOS heraus; zwei Jahre später erschien der erste Macintosh. Auch das ARPANET wurde ab den 1980er Jahren nach und nach privatisiert. Im Verbund mit der Verkleinerung der Produkte und der Verbilligung der Produktion wurde die Ver-Marktung zum Katalysator der Computertechnologie, die nunmehr in die Alltagspraxis eindrang.²⁰¹

Der durchdringende Erfolg neoliberaler wie kybernetischer Deutungsmuster wäre vielleicht ohne diesen *take-off* von Mikroelektronik und Computertechnologie nicht möglich gewesen. Denn von dieser Popularisierung der technologischen Arbeitsmittel profitierte die Glaubwürdigkeit *beider* Krisenbewältigungsprogramme. Für die liberalökonomische Seite unterstützte die Computertechnologie das Versprechen, dass man nur mehr und bessere Informationen mit einem Steuerungsapparat zu verbinden brauchte, um effektivere und rationalere Politik zu generieren. Die steigenden Rechenkapazitäten und der immer breitere Zugang zu ihr suggerierten, dass die Maschinen tatsächlich in der Lage wären, immer mehr Informationen in immer kürzerer Zeit zu erheben, zu verarbeiten und dann eine neutrale und rationale Auswertung zu produzieren. Für die neoliberale ›Utopie‹ maximaler individueller Freiheit bei maximaler Effizienz und Transparenz dienten Computertechnologie und Internet daher instrumentell und symbolisch als Trägermedien.²⁰²

200 Vgl. Staab: *Digitaler Kapitalismus*, S. 63f.

201 Vgl. zu den Unternehmen und zur Kommerzialisierung Rödter: 21.0, S. 22–24, 98; Castells: *Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft*, S. 50.

202 Für die bis heute andauernde euphorische Verknüpfung von Informationsverarbeitungstechnologie, Effizienz- und Legitimitätsglaube siehe z.B. Sifry: *WikiLeaks and the Age of Transparency*; MacKinnon: *Consent of the Networked*; vgl. auch die Geschichte der New Economy bei Turner: *From Counterculture to Cyberculture*. Die Verbindung von neoliberaler Kalkulation und Computer-Technik hat auch dazu geführt, dass Mirowski die neoliberale Spieltheorie und Ökonomie kritisch als eine »Cyborg Science« bezeichnet hat, in der der ökonomische Agent als virtueller Computer entworfen werde, dem es um eine Optimierung der rationalen Wahl durch beschleunigte, effizientere Informationsverarbeitung geht (vgl. Mirowski: *Machine Dreams*). Weil zum Beispiel die ältere, nicht zuletzt utilitaristische Idee einer Ist-Sollwert-Regulierung nun mit dem Begriff des »Feedbacks« belegt werden konnte und die Spieltheorie in einer gewissen Nähe zur Operations Research stand, suggeriert Mirowskis Geschichte

In ähnlicher Weise lieferte die Ausbreitung von Schaltkreisen und Netzwerken semantischen und materiell greifbaren Rückhalt für die System- und Netzwerk-Modelle der Kybernetik, aus denen diese Artefakte freilich selbst erst hervorgegangen waren. Das Internet und das netzwerkartige Regierungsdenken, das es im Folgenden weiter zu untersuchen gilt, sind also zwei *parallele* Produkte kybernetischer Grundlagenforschung mit unterschiedlichen Entwicklungspfaden. Dass diese Pfade sich immer wieder kreuzten, lässt sich aber zum Beispiel an der kalifornischen *Counterculture* ablesen. Nicht nur dass aufstrebende Unternehmen wie Apple Computer ihren Standort in Menlo Park, Kalifornien, wählten. Auch der Werbespot für den ersten Macintosh inszenierte den Aufbruch gegen die alte, konformistische und männliche Ordnung der Souveränität.

Bewaffnet mit einem Vorschlaghammer stürmt in dem Spot eine junge Frau vorbei an einer stummen Masse grauer Menschen. Sie rennt auf einen riesigen Fernsehbildschirm zu, auf dem der Herrscher »one goal«, »one cause«, »one people« propagiert, und schleudert den Hammer gegen ihn.²⁰³ Als Kontrast zur alten Ordnung zeigt das letzte Bild das Apple-Logo in Regenbogenfarben und setzt der Uniformität damit symbolisch ein Denken in Differenzen und Diversitäten entgegen. Diese Abgrenzung charakterisiert das technologische Regierungsdenken bis hin zu den aktuellen *network governance*-Modellen; es brauchte dafür aber nicht zwingend das Pathos der *Counterculture*, sondern konnte auch als kühle Beobachtung von Komplexität auftreten.

eine Wahlverwandtschaft. Sowohl in Kapitel 2 als auch in den Krisennarrativen dürfte hier aber die Distanz der Kybernetik deutlich geworden sein, die auf zirkuläre Werteheterarchien, Differenz und Diversität bedacht ist und die eindimensionale Rational-Choice-Rationalität daher kritisiert.

- 203 Es folgt der Werbeslogan: »On January 24th, Apple Computer will introduce Macintosh. And you'll see why 1984 won't be like ›1984‹.« Der Werbespot ist auf YouTube abrufbar, vgl. aber auch seine Transkription bei Rid: *Maschinendämmerung*, S. 233, der kommentiert: »Der Personal Computer war zum ultimativen Elektrowerkzeug der Befreiung geworden.« Ideengeschichtlich interessant ist der Bezug auf 1984, das hier als dystopische Beschreibung für die Entwicklung der westlichen Nachkriegsordnung gelesen wird, in dem eine personalisierte übergeordnete Organisationseinheit mit einförmiger Vision von Planung und Gemeinschaft zum Feindbild wird.

